

Kritik des Wahlprogramms 2005 der Linkspartei.PDS „Für eine neue soziale Idee“¹

von
Egbert Scheunemann

Stand: 19. September 2005

Notwendige Vorbemerkungen

Man soll mit offenen Karten spielen. Nachdem für mich die rotgrüne Koalition nicht mehr wählbar war aufgrund ihrer Verantwortung für die Teilnahme Deutschlands am Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 sowie für den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen von *Agenda 2010* und *Hartz IV*², wählte ich mehrere Male die PDS – als berühmt-berüchtigtes ‚kleineres Übel‘³. Als dann auch noch die PDS dort, wo sie politische Verantwortung trug und trägt, also in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, eine Politik betrieb, wie man sie von Schröder oder Merkel, ja Westerwelle kaum anders erwarten würde, stand ich schließlich ganz ohne wählbare Partei da – wie Millionen andere sozial, um nicht zu sagen: demokratisch-sozialistisch denkende Menschen auch.

Als Reaktion auf dieses parteipolitische Oppositionsvakuum konstituierte sich ab dem Frühjahr 2004 die WASG, die *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*. Bei diesem Konstitutionsprozess war ich von Anfang an dabei, etwa als Gründungsmitglied und später Sprecher der WASG-Programmgruppe in Hamburg⁴ oder auch als Mitglied der Bundesprogrammkommission der WASG, die ihr Gründungsprogramm ausformulierte.⁵

Nun, was seit dem 22. Mai 2005 passierte, als die WASG bei den Landtagswahlen in Nordrheinwestfalen aus dem Stand 2,2 Prozent der Stimmen erhielt und wenige Tage später Oskar Lafontaine aus der SPD austrat und WASG wie PDS das Fusionsstückchen hinhielt – das ist politisch halbwegs Informierten bekannt und muss hier nicht im Detail rekonstruiert werden. Offenbaren sollte ich aber, dass ich im innerparteilichen Diskus-

¹ http://sozialisten.de/download/dokumente/wahlprogramme/bundestagswahlprogramm2005_dielinke.pdf

² Vgl. meine Kritiken an den aktuellen Wahlprogrammen der Grünen und der SPD:
www.egbert-scheunemann.de/GRUENE-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf
www.egbert-scheunemann.de/SPD-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

³ Um Verwechslungen vorzubeugen: Ich setze eigene Ironisierungen etc. in einfache Anführungszeichen. Doppelte Anführungszeichen bleiben Zitaten vorbehalten.

⁴ Vgl. den *Hamburger Entwurf eines Bundesprogramms der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)*:

www.egbert-scheunemann.de/HH-WASG-Programmentwurf-KURZVERSION-7.0.pdf

⁵ www.asg-wahlalternative.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050531.pdf

Vgl. auch meine Kritik daran: *Für eine Sturzgeburt gar nicht so schlecht! Eine konstruktive Grundsatzkritik an den „Programmatischen Grundlagen der WASG – Die Wahlalternative“*: www.egbert-scheunemann.de/Grundsatzkritik-Programmatische-Grundlagen-WASG-Scheunemann.pdf

sionsprozess der WASG einer der ‚Rädelsführer‘ des Widerstands war gegen das kurzfristige Zusammengehen mit der PDS in Form der Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf den Wahllisten der PDS zur Bundestagswahl am 18. September 2005.⁶ Dieser Schritt war und ist in Hinblick auf die *mittelfristige* Konstituierung eines möglichst *breiten* linken Bündnisses ein grandioser taktisch-strategischer Fehler: Es wurden dadurch weit mehr potenzielle Wähler und Bündnisgenossen abgeschreckt als faktische gewonnen.⁷ Nur, der Zug ist abgefahren. Die Entwicklung – dramatisch gepuscht durch die Medien – ist über die meisten Köpfe einfach hinweg gegangen. Nichts mehr ist rückholbar. Viele haben die WASG verlassen – viele andere, darunter ich, versuchen, ‚zu retten, was zu retten‘ ist, weil sie meinen, dass hinter dem großen *gemeinsamen* Ziel, den neoliberalen Irrsinn zu stoppen, jedes parteitaktische Kalkül zurücktreten muss.

Ich scheine also ‚vorbelastet‘ und verdachtsweise ‚parteiisch‘ zu sein bei meinem nachfolgenden Versuch, das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Man beachte aber, dass ich nicht aufgrund ihres *Programms* aufgehört habe, die PDS zu wählen – sondern weil sie sich mit ihrer *Realpolitik* in Schwerin und Berlin gegen ihre *eigene* Programmatik, die ich größtenteils unterschreiben kann, regelrecht versündigt; dass ich auch bei meiner Analyse und Kritik der Wahlprogramme aller anderen relevanten Parteien⁸ ‚parteiisch‘ bin im Sinne meiner grundlegenden politischen Wertorientierungen (die in Kurzform mit den Projekten *Demokratischer Sozialismus* bzw. *Humanismus und Aufklärung – Aufklärung und Humanismus* beschrieben werden können); dass ich als studierter Politologe schon so ein bisschen gelernt habe, zwischen Sachargument und politischer Gemütsoffenbarung zu unterscheiden; und dass ich als oller WASG-Programmatiker im Zuge der eben auch *programmatisch* anstehenden Fusion beider Parteien schlicht und einfach und ganz unaufgeregt auch ‚handwerklich‘ gefordert bin.

Betont sei aber auch: Im Folgenden steht fast ausschließlich *Kritik* geschrieben – und, wie unter Linken, also ‚Brüdern und Schwestern‘ quasi, üblich, in gelegentlich deutlichen Worten. Darüber könnte – wie unter Linken leider ebenso üblich – in Vergessenheit geraten, welch’ *großen* Bereich an politisch-programmatischen Gemeinsamkeiten es gibt. Also sei vorab und *expressis verbis* gesagt, damit niemand sagen kann, es sei nicht gesagt worden: Ich stimme in großen Teilen mit dem Programm der Linkspartei.PDS überein.

Jetzt aber zu dem Unsinn, den seine Autoren leider *auch* ausformuliert haben.

⁶ Vgl. mein *MANIFEST für den Erhalt des linken Wahlbündnisses WASG und gegen eine Fusion mit der PDS*: www.egbert-scheunemann.de/MANIFEST-pro-WASG.pdf

⁷ Zu genaueren Begründungen dieser These vgl. meine Arbeiten: *Ist die WASG nur eine Inszenierung der PDS? Zur Strategie und Taktik einer Neuformation der bundesdeutschen Linken* (www.egbert-scheunemann.de/Strategie-WASG-Linkspartei.pdf), sowie: *Was tun? Bleibt in der WASG!* (www.egbert-scheunemann.de/Bleibt-in-der-WASG.pdf).

⁸ Vgl etwa auch meine Kritiken an den aktuellen Programmen von FDP oder CDU:

www.egbert-scheunemann.de/FPD-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

www.egbert-scheunemann.de/CDU-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

1. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Die grundlegende wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategie der Linkspartei.PDS gegen die Massenarbeitslosigkeit und für soziale Gerechtigkeit ist richtig: Arbeitszeitverkürzung und Stärkung der Massenkaukraft durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, durch reale, also inflationsbereinigte Lohnerhöhungen im Maße des Produktivitätsfortschritts, durch die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, einer Mindestrente und einer solidarischen Bürgerversicherung oder mittels Auflage eines umfassenden Zukunftsinvestitionsprogramms – alles finanziert durch kräftige Erhöhungen des Spitzensteuersatzes, der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Tobinsteuer auf Devisenfinanzgeschäfte oder die Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (S. 7-13 u. 27-28).⁹

Wir lesen im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS im **arbeitsmarktpolitischen** Kontext aber auch einige Forderungen, die man nur unter die Rubrik ‚grotesk‘ einordnen kann. Die entsprechende Stelle sei, um dieses Urteil zu belegen, in extenso zitiert:

„Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren. Weg mit Hartz IV! Hartz IV kommt alle(n)¹⁰ teuer zu stehen. Mit Milliarden Euro wird der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit finanziert – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt in Gestalt von „Arbeitsgelegenheiten“ für einen Euro die Stunde. Unser Alternativvorschlag ist einfach und machbar. Als Alternative zur Arbeitslosigkeit und zu Ein-Euro-Jobs schlagen wir die Schaffung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in öffentlich geförderten (!!) und gemeinnützigen (!!) Beschäftigungssektoren vor. Finanziert würde ein existenzsichernder Lohn für bisher Langzeitarbeitslose durch die Bündelung der gegenwärtig für das Arbeitslosengeld II (!!), die Kosten der Unterkunft und die so genannte Mehraufwandsentschädigung für Ein-Euro-Jobs aufgebracht Mittel (!!). Kombiniert mit bereits vorhandenen Förderfonds (!!) von Ländern, Bund und Europäischer Union – zum Beispiel aus den europäischen Sozialfonds – ohne Verschärfung (!!) der Zumutbarkeitsregelungen (!!), ohne Zwänge und ohne Demütigungen. Für die Ausstattung der Arbeitsplätze könnte ferner ein Teil (!!) des durch ein gerechteres Steuersystem – etwa durch Wiederbelebung der Vermögenssteuer (!!) – erzielbaren Steueraufkommens eingesetzt werden. Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel (!!) sind. Das ist möglich außerhalb (!!) des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderte, gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die spezifische (!!) Bedingungen tariflich auszuhandeln sind. Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung (!!) soll durch kürzere Arbeitszeiten (!!), durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit (!!) kompensiert (!!) werden.

Arbeitsplätze in gemeinnützigen (!!) Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden (!!)

⁹ Alle Seitenangaben stammen, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, auch im Folgenden aus dem in Fußnote 1 zitierten Programm der Linkspartei.PDS.

¹⁰ Alle Ergänzungen etc. in Klammern oder auch kursive etc. Hervorhebungen in Zitaten stammen auch im Folgenden von mir.

in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine für kleine und mittlere Unternehmen (!) schädliche Konkurrenz muss vermieden werden (!)... Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung, den Zwang zur Annahme jeglicher Jobs lehnen wir ab...

Um den gering qualifizierten Arbeitslosen eine Perspektive zu eröffnen und ihr Abdrängen in die Schwarzarbeit zu verhindern, fordern wir ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm für Menschen, die im Produktions- und Dienstleistungsbereich bzw. gemeinnützig tätig sind. Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für diese Menschen soll durch zeitlich begrenzte Lohnsubventionen (!) für Problemgruppen des Arbeitsmarktes ermöglicht werden. Diese Subventionen reichen von der Übernahme der Sozialbeiträge (!) bis zur zusätzlichen Erstattung des Qualifizierungsaufwandes. Lohnsubventionen dürfen (!) keinen Anreiz zur Ausweitung des Niedriglohnsektors schaffen, sondern müssen (!) die Integration der besonders Benachteiligten in reguläre Beschäftigung erleichtern. Lohnkürzungen und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors, wie von anderen Parteien gefordert, sind kein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung.“ (S. 8-9)

Um das Ergebnis meiner gleich folgenden Detailkritik vorwegzunehmen: Ich würde der Linkspartei.PDS dringend empfehlen, diesen grotesk unsinnigen Programmteil komplett zu streichen und etwa durch folgenden kurzen Passus zu ersetzen:

Die von uns gewünschte Ausweitung des öffentlichen Sektors (Bildung, Kultur, Gesundheit, soziale Dienste, öffentliche Verkehrsmittel etc.), finanziert durch eine Erhöhung des ALLGEMEINEN Steueraufkommens (Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Einführung einer Tobinsteuer, Erhöhung von Ökosteuern etc.), wird viele neue reguläre, tariflich entlohnte Beschäftigungsmöglichkeiten in Voll- oder Teilzeit schaffen. Diese neuen Arbeitsplätze sollten durch die öffentlichen Arbeitgeber (wenn qualifikatorisch etc. irgend möglich) bevorzugt an so genannte arbeitsmarktpolitische Problemgruppen (Langzeitarbeitslose etc.) vergeben werden. In dem Maße, in dem öffentliche, regulär und tariflich bezahlte Beschäftigung ausgebaut wird, sinken auch die staatlichen Ausgaben für Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger. Diese Mittel können zusätzlich für die Ausweitung öffentlicher Beschäftigung genutzt werden (Selbstfinanzierungseffekt).

That's it. Nothing more is necessary!

Wir müssen ALLE Formen staatlicher und öffentlich-rechtlicher *Einkünfte* (Steuern, Gebühren, Beiträge, Kreditaufnahme etc.) möglichst ökosozial vernünftig und gerecht erheben bzw. gestalten – und wir müssen ALLE Formen staatlicher oder öffentlich-rechtlicher *Ausgaben* (für Bildung, Kultur, Gesundheit, soziale Dienste, öffentliche Verkehrsmittel etc.) möglichst ökosozial vernünftig und gerecht strukturieren. Irgendeine Verknüpfung zwischen einer Teilgröße auf der Seite der Einkünfte (z.B. Mineralölsteuer oder Vermögenssteuer) und einer Teilgröße auf der Seite der Ausgaben (z.B. Grundrente oder Lohn für öffentlich Beschäftigte) zu schaffen oder zu behaupten, ist kompletter Unsinn.¹¹

Es ist also völlig unsinnig, wenn die Linkspartei.PDS fordert, dass Langzeitarbeitslosen (untertariflich bezahlte und als Kompensation irgendwie arbeitszeitverkürzte) Arbeitsplätze in einem *speziellen* „gemeinnützigen“ öffentlichen Sektor angeboten werden sollen, der aus *speziellen* Einnahmetöpfen zu finanzieren ist – eben aus dem Aufkom-

¹¹ Das so genannte Nonaffektationsprinzip (das Gegenteil heißt „Töpfchenwirtschaft“ oder „Zweckgebundenheit“) ist in Deutschland sogar *verfassungsrechtlich* geboten (GG Artikel 104-115)!

men aus dem ALG-II oder aus dem europäischen Sozialfonds etc. Wer in den öffentlichen Dienst (der definatorisch IMMER „gemeinnützig“ ist) eingestellt wird, der soll nach Tarif bezahlt werden – aus dem ALLGEMEINEN Steueraufkommen. Er bekommt dann selbstverständlich kein ALG-II mehr (falls er es zuvor bekam). Zu behaupten, zur Finanzierung des neuen öffentlichen Arbeitsplatzes sei das ALG-II, das der Neueingestellte zuvor bekam, herangezogen worden (oder auch Mittel aus der Mineralöl-, Vermögens- oder gar Hundesteuer), oder zu fordern, ausschließlich solche Mittel *sollten* dafür herangezogen werden, ist kompletter Unfug – à la *Autofahren für die Rente! Hunde halten für die Sozialhilfe! Vermögen häufen für die Langzeitarbeitslosen!*

Und, wie gesagt, im öffentlichen Sektor ist definatorisch JEDE Arbeit „gemeinnützig“¹² – auch die eines Verkehrspolizisten, Richters, Bademeisters, Professors für Mathematik, Krankenpflegers, Bundeskanzlers¹³ oder eines öffentlich beschäftigten Handwerkers, der in einem öffentlichen Kindergarten eine Steckdose installiert. Auch in dieser Hinsicht besteht also kein vernünftiger Grund, einen ‚besonderen‘ ‚dritten‘ ‚gemeinnützig‘ Arbeitsmarkt zwischen dem ‚normalen‘ öffentlichen und dem ‚normalen‘ privaten zu installieren – und die in diesem Arbeitsmarkt Beschäftigten eben doch wieder als ‚nicht so ganz richtig‘ Beschäftigte zu *stigmatisieren*.

Und warum sollte für neue, zusätzliche öffentliche Stellen eine „gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung (noch unter dem geforderten gesetzlichen Mindestlohn? E.S)... durch kürzere Arbeitszeiten... kompensiert“ werden? Warum fordert die Linkspartei.PDS dann nicht gleich ganz offen, dass sie, um Kosten zu sparen, Langzeitarbeitslosen nur untertariflich bezahlte Teilzeitbeschäftigung anbieten möchte? Und was schließlich hätte das Angebot tariflich *unterbezahlter* Teilzeitarbeit an langfristig arbeitslose *Frauen* mit „Geschlechtergerechtigkeit“ zu tun? Nichts!

Was es zu bedeuten hat, dass die Linkspartei.PDS einerseits beteuert: „Zwang zur Arbeit lehnen wir ab“ (S. 8 u. 11), sich andererseits, wie zitiert, aber nur gegen eine „Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen“ ausspricht, was logisch ihre *Beibehaltung* und also Arbeitszwang oder Leistungskürzungen *nicht ausschließt* (da JEDE Zumutbarkeitsregelung absurd wäre, wenn die Ablehnung zumutbarer Arbeit in *keiner* Weise sanktioniert werden würde), habe ich auch nicht verstanden.

Unbegreiflich ist ferner, warum die Linkspartei.PDS den neuen „gemeinnützigen Beschäftigungssektor... unter Einbeziehung von Gewerkschaften *und Arbeitgeberverbänden*“ einrichten und „für kleine und mittlere Unternehmen schädliche Konkurrenz“ vermeiden möchte, obwohl nur neun Zeilen zuvor festgestellt wurde, dass der neue Beschäftigungssektor dort geschaffen werden soll, „wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen *nicht rentabel* sind“ (S. 8). Was haben private Arbeitgeberverbände mitzureden bei der Einrichtung öffentlicher Dienstleistungsarbeitsplätze, ob „rentabel“ oder nicht? Und soll es, um diese ‚Logik‘ weiterzuspinnen, auch keine öffentliche Krankenversicherung mehr geben, weil sie in Konkurrenz tritt oder träte mit privaten Betriebskrankenkassen „mittlerer“ Unternehmensgröße?

Vollends wirr wird es, wenn die Linkspartei.PDS „zeitlich begrenzte **Lohnsubventionen** für Problemgruppen des Arbeitsmarktes“ fordert (S. 9). Staatliche Lohnkostenzuschüsse für private Arbeitgeber stellen nämlich einfach eine verdeckte Form von *Ge-*

¹² Ob ihre *konkrete Ausführung* immer gemeinnützig ist, ist eine ganz andere Frage.

¹³ Na ja...

winnsubventionierung dar¹⁴ – und steigende Gewinne, ja, wie sich gerade in letzter Zeit drastisch gezeigt hat, selbst astronomische Profitsteigerungen gehen ganz und gar nicht automatisch mit zusätzlichen Investitionen und *Neueinstellungen* einher, sondern werden oft sogar von Massenentlassungen begleitet. Auch historische Beispiele zeigen schlagend, dass staatliche Lohnkostenzuschüsse das kapitalistische Lohnkostendumping in der Regel sogar *anheizen*!¹⁵ Und obwohl ein breiter Niedrigstlohnsektor in Deutschland schon immer existiert (noch heute sind in vielen Branchen Eingangtarife von nur fünf bis sechs Euro pro Stunde weit verbreitet), hat er die Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit keinesfalls verhindert. Kein Unternehmer stellt noch so billige Arbeitskräfte ein, wenn er die mit ihnen mögliche Ausweitung der Produktion (die am High-Tech-Produktionsstandort Deutschland zudem in der Regel hoch qualifiziertes Personal und keine unter- bis unqualifizierten Billiglöhner erfordert) nicht absetzen kann aufgrund mangelnder Nachfrage, die wiederum hochgradig Folge langjähriger Reallohnstagnation und der immer stärkeren Ausweitung prekärer Beschäftigung im so genannten Billiglohnbereich ist. *Die Linkspartei.PDS gibt mit ihrer Forderung nach Lohnsubventionen für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen, also für jene in der Regel Unqualifizierten, die so uns so schon, wenn überhaupt, nur im Niedriglohnbereich Arbeit finden können, zu verstehen, dass ihrer Ansicht nach die derzeit im Niedriglohnbereich gezahlten Löhne beschäftigungsprohibitiv, also eigentlich noch viel zu hoch sind!*

Es ist politisch einfach abgrundtief naiv, wenn die Linkspartei.PDS fordert: „Lohnsubventionen dürfen (!) keinen Anreiz zur Ausweitung des Niedriglohnsektors schaffen, sondern müssen (!) die Integration der besonders Benachteiligten in reguläre Beschäftigung erleichtern.“ (S. 9) Genau einen solchen „Anreiz zur Ausweitung des Niedriglohnsektors“, also zu weiterem Lohn(kosten)dumping schaffen Lohnsubventionen aber *faktisch*: Wenn der Staat durch Subventionen für Löhne sorgt, die zumindest das physische Existenzminimum garantieren, muss das nicht auch noch der private Arbeitgeber tun. Er kann also die *jetzt* gerade noch ein Existenzminimum sichernden Hungerlöhne im untersten Segment weiter senken, ja *muss* das tun – sonst kommt ihm die Konkurrenz zuvor. Er *muss* das nur *nicht* tun, ja er *darf* es nicht, *wenn* er etwa durch die Einführung von gesetzlichen *Mindestlöhnen* daran gehindert wird – was die Linkspartei.PDS ja grundsätzlich fordert (S. 9). Aber es ist natürlich vollkommen absurd, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zu fordern, nur um ihn gleich wieder durch staatliche Lohnsubventionierung *für den Arbeitgeber* faktisch abzuschaffen.

Die heutigen *Ein-Euro-Jobs*, gegen die sich die Linkspartei.PDS ja ausspricht, sind nur eine der tendenziell unendlich vielen Varianten des immer gleichen Spiels (mal Lohnsubventionen, mal Kombi-Löhne oder wie auch immer genannt): Der Staat zahlt den Betroffenen die Miete und einen vollen Kühlschrank – und der (*noch* ‚gemeinnützige‘, *noch* nicht private) Arbeitgeber nur einen Euro pro Stunde! Lohnkostendumping in Perfektion!

¹⁴ Vgl. zum Folgenden auch meine Kritik am (oben in Fußnote 2) schon zitierten aktuellen Wahlprogramm der Grünen (S. 5-6).

¹⁵ Eine klassische Darstellung eines durch staatliche Lohnkostenzuschüsse induzierten Lohnkostendumpings findet sich in *Karl Polanyis* wunderbarem Buch: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien 1977 (Erstausgabe 1944), S. 105 ff. Polanyi verdeutlicht diesen Prozess anhand des so genannten „Speenhamland-Gesetzes“, das von 1795 bis 1834 in England galt.

Wer möchte, dass Geringverdienende netto mehr Geld in der Tasche haben, der hebe einfach die Steuerfreigrenzen an und senke den Eingangsteuersatz. Und wer möchte, dass sich der Produktionsfaktor Arbeit relativ zu anderen Produktionsfaktoren verbilligt (wohlgemerkt: *ohne* dass die *Nettolöhne* sinken – sie können und sollten sogar steigen), der finanziere die Sozialabgaben *peu á peu* und mehr und mehr aus dem allgemeinen Steuer- statt aus dem Lohnaufkommen – was die Linkspartei.PDS im Kontext ihrer Forderung nach Lohnsubventionen für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen in Form der öffentlichen „Übernahme der Sozialbeiträge“ durchaus will (S. 9). Weil damit jedoch auch die Arbeitgeber entlastet werden würden (durch das Sinken der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung), was wieder eine Form von Gewinnsubventionierung wäre, sollte diese Variante begleitet sein von (mindestens) adäquaten Erhöhungen des Einkommensspitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuersätze – was die Linkspartei.PDS *in diesem Kontext* aber *nicht* fordert.

Der Logik der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns entsprechend, fordert die Linkspartei.PDS auch eine **bedarfsorientierte soziale Grundsicherung** sowie eine **gesetzliche Mindestrente** (S. 11). Ich habe aber nicht verstanden, warum ein 57-jähriger Langzeitarbeitsloser „mindestens 750 Euro netto im Monat“ haben soll, ein 66-jähriger Rentner aber mindestens „800 Euro“ (S. 11). Und wenn die Linkspartei.PDS es wirklich ernst meinen sollte mit der Forderung, als ersten Schritt in Richtung einer „tatsächlichen Grundsicherung... das Arbeitslosengeld II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Unterkunft)“ anzuheben, dann sind die genannten 750 Euro deutlich zu niedrig gegriffen: Es blieben nur 330 Euro für die Bezahlung einer *Warmmiete*!

Die Linkspartei.PDS möchte vernünftigerweise, dass die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung sowie die gesetzliche Mindestrente aus dem *allgemeinen Steueraufkommen* finanziert werden (S. 11). Bei der Finanzierung des gesamten **gesetzlichen Rentensystems** setzt sie zwar *formal* weiter auf das *Beitrags*systems: „Dabei müssen *sämtliche* Erwerbseinkommen berücksichtigt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll an- und später *aufgehoben* werden. Menschen mit höheren Einkommen sollen also in größerem Umfang für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen werden, *ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen*.“ *Faktisch* kommt das aber einer Finanzierung aus dem *allgemeinen Steueraufkommen* gleich – und das ist gut so.¹⁶ *Alle* zahlen, und *alle* bekommen etwas. Genau das entspricht dem *allgemeinen* Steuerprinzip. Beim Beitragsprinzip zahlen hingegen nur die Versicherten – und *nur sie* bekommen im Versicherungsfall *beitragsadäquate* Leistungen. Wenn die Beitragsbemessungsgrenze (langfristig) aufgehoben wird, die Leistungsansprüche aber nicht „in gleichem Maße steigen“, also faktisch eine *Höchstrente* eingeführt wird, heißt das, das die, die ohne Ende verdienen, auch ohne Ende (und nur prozentual begrenzt) in die Rentenkasse einzahlen – aber eben nur eine absolut begrenzte Leistung, die *Höchstrente* bekommen. Auch das entspricht dem *allgemeinen Steuerprinzip*: Die Besserverdienenden zahlen mehr Steuern, bekommen aber tendenziell nur die gleichen staatlichen Leistungen wie jene, die wenig oder gar keine Steuern zahlen (gleiche Nutzung öffentlicher Strassen, öffentlicher Bücherhallen etc.).

¹⁶ Vgl. zur näheren Begründung eines rein steuerfinanzierten Sozialsystems meine beiden Aufsätze: *Sozialsteuern für alle oder Sozialbeiträge für viele? Zur Notwendigkeit der ‚Sozialisierung‘ der Sozialsysteme und zur Klärung einiger Zusammenhänge* und *Sozialsteuern kontra Sozialbeiträge? In Wahrheit kein Widerspruch*, zum Herunterladen bereit auf meiner Homepage www.egbert-scheunemann.de unter dem Punkt „downloads“ (Artikel Nr. 25 und 29).

In dieser Logik und also ganz vernünftig fordert die Linkspartei.PDS schließlich, dass auch in die Finanzierung des **Gesundheitssystems** in Form einer „**solidarischen Bürgerversicherung**... alle Berufsgruppen und Einkommensarten“ einbezogen werden müssen und die Beitragsbemessungsgrenze langfristig „ganz aufgehoben“ werden soll (S. 12). Warum sie dann aber feststellt: „Wir halten am Grundsatz der *paritätischen* Finanzierung fest...“ (ebd.), ist mir schleierhaft, da ja auf Selbständigen-, Zins- oder Mieteinkommen Arbeitgeberanteile „paritätisch“ nicht zu erheben sind, und vor allem, weil auf der gleichen Seite und nur zwei Absätze später zu lesen ist: „Wir treten... für einen Prozess ein, in dem die heutigen Lohnnebenkosten (also auch die „paritätischen“ Arbeitgeberbeiträge¹⁷ zur Krankenversicherung; E.S.) durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden.“

2. Andere Politikbereiche

Ärgerlich ist zunächst, dass die Linkspartei.PDS sich im **forschungs-, wissenschafts- und industriepolitischen Kontext** besinnungslos und zeitgeistkonform am, ich nenne es mal: *inhaltsleeren Innovationsallparteiengeschwätz* beteiligt. Da ist – wie in den Wahlprogrammen sämtlicher relevanter Parteien¹⁸ – im feinsten Leerhülsejargon etwa von einer „neuen Innovationskultur“ die Rede, die durchzusetzen sei (durch Kulturerlass?), oder von einer „Neuausrichtung der politisch-ökologischen Rahmenbedingungen (welcher konkret? E.S.) für die Gestaltung einer Forschungs- und Innovationspolitik (Politik ist Gestaltung – gefordert wird also die Neuausrichtung der Bedingungen der Gestaltung von Gestaltung; E.S.), die sowohl zur schnellen Durchsetzung (durch Beschleunigung von was? E.S.) nachhaltiger und ökologischer Technologien im Zusammenhang mit dem Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe als auch zur beschleunigten Entwicklung (durch Überstunden für Ingenieure? E.S.) und Einführung von Hochtechnologien (weil das mörderische Entwicklungstempo etwa in der Mikroelektronik noch nicht schnell genug ist? E.S.) für den überregionalen Absatz von Produkten mit hoher Wertschöpfung führen (und was ist mit alten Produkten mit niedriger Wertschöpfung, die aber lebensnotwendig sind? E.S.)“ (S. 16). Und so geht es weiter: „Zukunftsbranchen“ sollten „profilert“ werden zu „Kristallisationskernen (Cluster)“ bzw. „Wachstumskernen“ wirtschaftlicher Entwicklung, „neue Modelle zur Hochschulfinanzierung und -verwaltung“ und eine „neue Personalstruktur“ dortselbst seien notwendig – und „Netzwerke“, „Kompetenzzentren“ sowie „Technologie- und Gründerzentren“ sowieso (S. 18-19). Und selbst der obligate Hinweis, dass die hochinnovative Innovationswirtschaft in ihrem innovativen Innovationsstreben von „überzogenen bürokrati-

¹⁷ Vgl. hierzu meinen Artikel: *Mythos Arbeitgeberanteil – oder warum die Rede von der (Wünschbarkeit einer) ‚paritätischen‘ Finanzierung der Sozialsysteme vollkommenen Unsinn ist* (www.egbert-scheunemann.de/Mythos%20Arbeitgeberanteil.pdf). Nur ganz kurz: Der so genannte Arbeitgeberanteil zu Sozialversicherung ist faktisch ein Teil der *gesamten* Bruttolohnkosten und also nur ein *umbenannter* Teil des eigentlich dem *Arbeitnehmer* zustehenden gesamten Bruttolohns (bestehend aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung und Nettolohn – von Steuern mal abgesehen). Der Gedanke ist einfach der, den Arbeitgeberanteil dem Arbeitnehmer *auszubezahlen*, so dass dann wirklich alle Einkommensarten absolut gleich (mit gleichem Prozentsatz) zur Finanzierung der Bürgerversicherung herangezogen werden können.

¹⁸ Vgl. exemplarisch meine Kritik am SPD-Programm (S. 5): www.egbert-scheunemann.de/SPD-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

schen Auflagen“ genauso „befreit“ werden müsse wie von „veralteten Bestimmungen“ und „überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten“ (S. 19), findet sich im FDP-¹⁹, nein: Linkspartei.PDS-Programm – natürlich ohne auch nur EINE KONKRETE bürokratische Fessel jener vermeintlich vielen zu nennen, die deutsche Unternehmen daran hindern, neue Autos, neu Handys, neue Werkzeugmaschinen oder neue Sonnenkollektoren auf den Markt zu bringen, oder sie hinderten, summa summarum sogar EXPORT-WELTMEISTER zu werden. Wie gerne würde ich Gregor Gysi dabei beobachten, wie er die Entwicklungsabteilung von Porsche oder Daimler zu Clustern der ökonomischen Entwicklung profiliert!

Auch im Bereich der **Energie- und Umweltpolitik** folgt die Linkspartei.PDS gelegentlich eher wohlfeilem Zeitgeistjargon als klaren Gedanken, etwa wenn sie fordert: „Die Nutzung der Sonnenenergie muss unter anderem durch große internationale Kooperationsprojekte vorangebracht werden.“ (S. 20) Denn mit Grauen assoziiert man unwillkürlich monströse Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie in der Sahara und analog monströse Systeme der Weiterleitung dieser Energie in Richtung Nordeuropa, die – von lokalen Klima- und Sozialproblemen ganz abgesehen – eine Perpetuierung der nordeuropäischen energiepolitischen Abhängigkeit und damit ebenso massive Konfliktpotenziale zur Folge hätten wie heute schon im Falle der Abhängigkeit von der Ölfuhr aus dem Nahen Osten. Zum Glück lesen wir dann nur ein paar Zeilen später, dass die Linkspartei.PDS dann doch eine „dezentrale Energieversorgung“ für „äußerst wichtig“ erachtet (ebd.). Man ist halt jung-dynamisch und flexibel. Mal soll es groß und international sein (klingt nach *kosmopolitisch*), mal dezentral (klingt nach *basisdemokratisch*).

Und ganz zeitgeistig flexibel erscheint dann auch, wenn sich die Linkspartei.PDS „für die Weiterentwicklung des europäischen **Emissionshandelsystems**“ ausspricht (ebd.) und nicht für die komplette Abschaffung dieses komplett unsinnigen Systems. Ich möchte hier nur wiederholen, was ich schon in meiner Kritik am aktuellen FDP-Wahlprogramm ausformuliert habe: „In Sachen „Emissionshandel“, also dem Handel mit Umweltzertifikaten an speziellen Börsen, sei darauf hingewiesen, dass dieses vermeintlich marktwirtschaftliche Instrument sehr viel organisatorischen und damit finanziellen Aufwand erfordert (Einrichtung von Börsen, Herstellung und Zuteilung der Zertifikate, Überwachung der Einhaltung von Obergrenzen der Umweltbelastung entsprechend der Menge der gekauften Zertifikate etc.) und dass es die Entstehung von Zertifikatmonopolisten ermöglicht und wahrscheinlich macht, also eine weitere Gelegenheit großer Konzerne darstellt, kleine Konkurrenten aus dem Markt zu drängen. Die Erhöhung einer **ökologischen Lenkungssteuer**, etwa der Mineralölsteuer, erfordert hingegen lediglich einen Federstich! Interessanterweise lehnt die FDP eine „prohibitive Verteuerung“ durch ökologische Lenkungssteuern als „Gängelei“ ab (S. 20). Vielmehr stehe der „Abbau der Ökosteuer... weiter auf der Tagesordnung“ (S. 7). Verteuerung des Umweltverbrauchs durch ein verwaltungsaufwändiges Zertifikatsystem ist gut – aber Verteuerung desselben durch eine Anhebung der Ökosteuern, die es umsonst gibt, ist schlecht. Begreife diese Liberalen wer immer will!“²⁰

Ich habe diese negative Einstellung der Liberalen gegenüber ökologischen Lenkungssteuern mitzitiert, weil sie exemplarisch ist. Bekanntlich sind auch viele *links* Ori-

¹⁹ Dort natürlich auch.

²⁰ Die Seitenangaben im Zitat oben beziehen sich auf das aktuelle FDP-Wahlprogramm: vgl. Fußnote 8.

enterte gegen ökologische Lenkungssteuern – nur diesmal aus (vorgeblich oder nicht) *sozialen* Gründen: Sie würden als klassische Verbrauchssteuern (wie etwa auch die Mehrwertsteuer) *soziale Schwache* relative *stärker* treffen als finanziell Potente. Nun, das ist natürlich und eigentlich kein Argument *gegen* ökologische Lenkungssteuern, sondern *für* die finanzielle Stärkung der Schwachen. Und so spricht sich die Linkspartei.PDS auch ganz vernünftig für eine Besteuerung etwa des „Flugbenzins“ (S. 21) und grundsätzlich „für eine ökologisch gewichtete Primärenergiesteuer“ aus – wobei sie die „sozialen Fehlentwicklungen der gegenwärtigen Ökosteuer... korrigieren“ möchte (S. 20). Man hätte nur gerne gewusst – *wie*. Der einzig vernünftige Weg, das sei hier prophylaktisch betont, lautet: finanzielle Stärkung der Schwachen – statt Schwächung der Stärken ökologischer Lenkungssteuern.

Erst mal mächtig *political correct* klingt im Weiteren auch folgende Passage: „Die Linkspartei.PDS steht für einen kooperativen, solidarischen **Föderalismus**. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder müssen erheblich erweitert, die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden. Es geht um **mehr Demokratie**, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe“ (S. 23) Leider wird an dieser Stelle auch nicht EINE konkrete Kompetenz genannt, die vernünftigerweise vom Bund an die Länder übertragen werden sollte. Und da, wo die Linkspartei.PDS in Sachen Föderalismus konkret wird, fordert sie ganz richtig und vernünftig und ganz im Gegenteil sogar eine *Zentralisierung* bestimmter Kompetenzen: „Es geht um die Überwindung der Kleinstaaterei im **Bildungswesen**: Ein Bildungsabschluss darf in einem Bundesland nicht weniger wert sein als in einem anderen. Wir befürworten einheitliche Qualitätsstandards und Prüfungsanforderungen in ganz Deutschland.“ (S. 15) Diese Forderung ist genau deswegen vernünftig, weil ich noch nie ein rational nachvollziehbares Argument von den Befürwortern des Bildungsföderalismus gehört habe, das diesen vernünftig begründen könnte. Mir ist ja bekannt, dass etwa in Bayern die *politischen* Uhren anders gehen. Aber warum sollte in München eine andere Mathematik, Chemie oder Physik gelehrt werden als in Hamburg oder Wanne-Eickel? Und was für ‚eigene‘ Kompetenzen blieben für Länderparlamente übrig, wenn mit der Bildungshoheit *die* Domäne des Föderalismus wegfiel – die Kompetenz, die Farbe der Uniformen der Landespolizei selbst bestimmen zu können? Selbstverständlich muss *Verwaltung* von unten nach oben erfolgen – basisdemokratisch eben –, aber in einem demokratischen Rechtsstaat ebenso selbstverständlich im Rahmen einer FÜR ALLE Staatsbürger und Staatsbürgerinnen geltenden demokratisch legitimierten Gesetzesordnung.

Hiermit sind der GESETZESUNIVERSALISMUS des DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAATES wie die UNIVERSELLE GELTUNG DER MENSCHENRECHTE in der Tradition des Projektes HUMANISMUS UND AUFKLÄRUNG – AUFKLÄRUNG UND HUMANISMUS angesprochen – also das Prinzip, dass es weder positive noch negative Sonderrechte für Teilgruppen von Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geben darf, also *Privilegien* irgend einer Gruppe, die immer der anderen Gruppe *Diskriminierung* sind. In einem (ideal verwirklichten) demokratischen Rechtsstaat sind alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz GLEICH. Nichts anderes kann Gesetzesuniversalismus sinnvoller Weise heißen. Und dieses Prinzip hat die *politische Linke* aus der Tradition des *politischen Liberalismus* definitiv (und zum Glück) übernommen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Vor diesem Hintergrund hole man tief Luft, bevor man folgende Passage im Programm einer Partei liest, die sich Linkspartei.PDS tituliert:

„Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass die Bundesrepublik ihre Verpflichtungen gegenüber **Minderheiten** wie Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben erfüllt. Der Bund darf sich nicht weiter aus seiner Verantwortung für die Förderung ihrer spezifischen sprachlichen und kulturellen Belange zurückziehen, seine finanzielle Betei-

ligung ist unverzichtbar. Beim Bundestag sollte es einen Rat für Angelegenheiten der autochthonen Minderheiten geben, der dem Parlament beratend zur Seite steht. Die Ergänzung des Grundgesetzes um die Rechte der ethnischen Minderheiten bleibt auf der Tagesordnung.“ (S. 25)

Warum spricht die Linkspartei.PDS an dieser Stelle nicht auch von den Minderheiten der Sudetendeutschen, der Russen oder der Ghanaer in Deutschland? Warum sollen Friesen *speziell* finanziell gefördert werden, Bayern oder Saarländer aber nicht? Warum Dänen, Türken aber nicht? Und warum keine Sonderrechte für Groß- oder Kleinwüchsige, Blonde oder Schwarze, Punker oder Jazzer? Ich deklariere mich hiermit als Mitglied der kleinen Minderheit der KOSMOPOLITEN, fordere finanzielle Unterstützung und Sitz und Stimme im Rat der autochthonen Minderheiten! Gleiches Recht für alle Minderheiten! ALSO FÜR ALLE!

Es ist schier unglaublich, dass eine vorgeblich *links* orientierte Partei, die sich programmatisch dem „demokratischen Sozialismus“ (S. 6) verschrieben hat, populistische Parolen von sich gibt, wie man sie sonst nur von rechten Ethnozoologen hört. Zum Mitschreiben und Mitdenken: In einer FREIEN GESELLSCHAFT steht es selbstverständlich JEDEM MENSCHEN und JEDER FREIWILLIG ZUSAMMENGESCHLOSSENEN MENSCHENGRUPPE frei, welchen Kulturausdruck auch immer zu pflegen (Sprache, Trachten etc.) im Rahmen einer ALLGEMEINEN staatlichen Förderung der Kultur FÜR ALLE (öffentliche Bücherhallen, Konzertsäle, Theater etc.). Jede Privilegierung einer speziellen Gruppe, sei es einer Minderheit oder der Mehrheit (Leitkultur), ist eine Diskriminierung aller anderen Gruppen – und unvereinbar mit dem Gesetzesuniversalismus des demokratischen Rechtsstaates. Jede spezielle staatliche Förderung spezieller ethnischer Gruppen ist vormoderne, gegenaufklärerische Blut-und-Boden-Politik. Und insofern widerwärtig.

Gemessen an diesem heftigen Aussetzer im Programm der Linkspartei.PDS ist der letzte kritikwürdige Punkt, der sich in ihm findet, zwar fast Firlefanze. Aber der Vollständigkeit halber sei gesagt: Man sollte nicht eine **Bundeswehr** mit einer „Personalstärke von 100.000“ beibehalten wollen, dann aber gutmenschelnd ein „Verbot aller Rüstungsexporte“ fordern (S. 29-30). Wenn Rüstungsexporte grundsätzlich schlecht sind, dann muss das für alle Länder gelten. Niemand sollte in dieser Logik also auch Rüstungsgüter *importieren* dürfen. Das heißt, jeder Staat müsste alle Rüstungsgüter selbst entwickeln und herstellen – auch Industriegiganten wie Belgien oder Dänemark. Also entweder ist man für die vollkommene Abschaffung jeder Armee und aller Rüstung – oder auch im Rüstungsbereich für eine sinnvolle internationale (oder zumindest europaweite) Arbeitsteilung. Und man bedenke: Internationale Arbeitsteilung und *Zusammenarbeit* macht *strategisch abhängig* (von Nachschub, Ersatzteilen etc.) – nicht das Schlechteste, um potenzielle Aggressoren von der Ausführung ihrer kranken Hirninhalte abzuhalten.